07.03.25**Empfehlungen
der Ausschüsse**

U - Wi

zu **Punkt ...** der 1052. Sitzung des Bundesrates am 21. März 2025

Erste Verordnung zur Änderung der Bekanntgabeverordnung

Der **federführende Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit (U)** und
der **Wirtschaftsausschuss (Wi)**

empfehlen dem Bundesrat, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe folgender Änderungen zuzustimmen:

- U 1. Zu Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a (§ 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 41. BImSchV)

Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a ist wie folgt zu fassen:

- ,a) In Nummer 1 werden die Wörter „DIN EN ISO/IEC 17025, Ausgabe August 2005 mit Berichtigungen vom Mai 2007, sowie VDI-Richtlinie 4220, Ausgabe April 2011“ durch die Wörter „DIN EN ISO/IEC 17025, Ausgabe März 2018 sowie VDI-Richtlinie 4220 Blatt 1, Ausgabe November 2018“ ersetzt.“

Begründung:

Neben der vorgesehenen Aktualisierung der DIN EN ISO/IEC 17025 muss auch der Verweis auf die VDI-Richtlinie 4220 aktualisiert werden.

Wi 2. Zu Artikel 1 Nummer 2 (§ 13 Absatz 1 Satz 3, Absatz 2a, Absatz 3 Satz 1 der 41. BImSchV)
bei Nummer 5 (Anlage 2 der 41. BImSchV)
Annahme entfällt Ziffer 3

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

a) Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. In § 13 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter <... weiter wie Regierungsvorlage Buchstabe a ...>.“

b) Nummer 5 ist zu streichen.

Begründung:

Betreiber von Anlagen in Betriebsbereichen nach der Störfallverordnung unterliegen nahezu vollständig überlappend den Regelungen des Gesetzes über überwachungsbedürftige Anlagen (ÜAnlG). Materiell erfolgt die Umsetzung von Cybersicherheitsmaßnahmen stets gebündelt für die Anforderungen aller betroffenen Rechtsgebiete. Die Prüfung der Cybersicherheit von überwachungsbedürftigen Anlagen erfolgt bereits vor Anlageninbetriebnahme und regelmäßig im Rahmen der arbeitsschutzrechtlichen Prüfungen durch zugelassene Überwachungsstellen (ZÜS), die bundesweit einheitlich durch die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) anerkannt und regelmäßig überprüft werden. Grundlage für die Prüfungen der Cybersicherheit ist dabei die im Oktober 2022 in Kraft gesetzte Technische Regel für Betriebssicherheit – TRBS 1115 Teil 1 „Cybersicherheit für sicherheitsrelevante Mess-, Steuer- und Regeleinrichtungen“. Angesichts dieser bestehenden Regelungen, die sich bereits in der praktischen Umsetzung bewährt haben, ist es nicht mehr erforderlich, die Bekanntgabeverordnung zu ändern.

Obwohl bereits ein bundesweit einheitliches System etabliert wurde, sollen durch die Änderung der Bekanntgabeverordnung die Bekanntgabe-Stellen der Länder die Zuständigkeit für die Prüfung und Bekanntgabe von IT-Cybersicherheitsexperten für genehmigungsbedürftige Anlagen erhalten. Dabei verfügen längst nicht alle Bekanntgabe-Stellen der Länder über die erforderlichen Fach- und Sachkenntnisse, um eine Prüfaufgabe – zum Beispiel die Anordnung nach § 29a BImSchG für einen Sachverständigen auf dem Gebiet der Cybersicherheit – adäquat zu beschreiben, sowie die Ergebnisse einer solchen Prüfung fundiert zu bewerten und in Folgemaßnahmen umzusetzen.

Angesichts der wachsenden Bedrohungen ist es zielführender, Fach- und Sachkenntnisse zu bündeln und bundesweit einheitlich vorzugehen, zumal auch viele Betreiber von Störfallbereichen länderübergreifend tätig sind und dabei bundesweit geltenden Regelungen unterliegen.

So sind die Betreiber von Betriebsbereichen gemäß § 3 Störfall-Verordnung (12. BImSchV) verpflichtet, technische und organisatorische Maßnahmen zur Verhinderung von Störfällen sowie zur Begrenzung ihrer Auswirkungen durchzuführen und haben dafür Sorge zu tragen, dass Beschaffenheit und der Betrieb der Anlagen dem Stand der Sicherheitstechnik entsprechen. Hierbei sind die Gefahren durch Eingriffe Unbefugter zu berücksichtigen. Die Einhaltung dieser Pflichten ist gegenüber den zuständigen Behörden dezidiert nachzuweisen. Eine weitere und damit doppelte Prüfung durch bekanntgegebene Sachverständige auf Veranlassung der zuständigen Immissionsschutzbehörde ist daher nicht erforderlich.

Für die Erfüllung der Ziele des Immissionsschutzrechts ist es sinnvoller und wirtschaftlicher, die bereits bestehenden Regelungen, Prüfungen, Dokumentations- und Nachweispflichten gemeinsam mit den Arbeitsschutzbehörden, den Immissionsschutzbehörden der Länder, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie gegebenenfalls weiteren Akteuren wie beispielsweise den nach der Betriebssicherheitsverordnung zugelassenen Überwachungsstellen (ZÜS) auf Optimierungsbedarfe zu prüfen und praxisgerecht aufeinander abzustimmen, um die Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen zu erleichtern. Diese Vorgehensweise würde zudem im Einklang mit dem Bund-Länder-Pakt Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung stehen, welcher gemeinsam von der Ministerpräsidentenkonferenz und dem Bundeskanzler beschlossen wurde.

Die in der Verordnung vorgesehene Einführung von Doppelzuständigkeiten und Doppelprüfungen würde hingegen zu komplexeren und damit langwierigeren Planungs- und Genehmigungsprozessen führen, ohne dabei einen Beitrag zur Erhöhung der Cybersicherheit zu leisten. Die entsprechenden Regelungen sind daher abzulehnen.

U 3. Zu Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe b (§ 13 Absatz 2a Satz 1, Satz 2, Satz 3 – neu – 41. BImSchV)

entfällt
bei
Annahme
von
Ziffer 2

In Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe b ist § 13 Absatz 2a wie folgt zu ändern:

- a) In Satz 1 ist das Wort „kann“ durch das Wort „hat“ und das Wort „beifügen“ durch das Wort „beizufügen“ zu ersetzen.
- b) In Satz 2 sind die Wörter „Nach welchen Kriterien die Eignung von Arbeitsproben hinsichtlich der für den Prüfungsbereich 10.2 der Anlage 2 erforderlichen Kompetenzen im Bereich der IT festzustellen ist und welche“ durch das Wort „Welche“ zu ersetzen.

c) Folgender Satz ist anzufügen:

„Gegenüber der bekanntgebenden Stelle ist die Aufrechterhaltung der Personenzertifizierung für die Dauer der Bekanntgabe regelmäßig jeweils vor Ablauf der Personenzertifikate nachzuweisen.“

Begründung:

Die Prüfung der Kompetenzen im Bereich Informationstechnologie anhand von Arbeitsproben durch die Landesbehörden ist nicht zielführend. Mit dem BSI steht eine für die Cyber-Sicherheit spezialisierte Behörde zur Verfügung, die geeignete Personenzertifikate benennt und auch erteilt. Die mit der Bekanntgabe von Sachverständigen betrauten Landesbehörden verfügen bei Weitem nicht über diese Expertise. Auch sind sie anders als das BSI nicht in einen Informationsfluss über Cyber-Angriffe eingebunden, die es ihnen erlauben würden, Sachverständige hinsichtlich aktueller Bedrohungen auf dem Laufenden zu halten oder zu schulen.

Daher soll bei der Zulassung von Sachverständigen die Qualifikation in der Informationssicherheit vollständig über Personenzertifizierungen erfolgen.

Die zusätzliche Kompetenz der Sachverständigen im Bereich der Anlagensicherheit soll weiterhin in der bisherigen Form auch mit Arbeitsproben von den bekanntgebenden Stellen der Länder geprüft werden.

U 4. Zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a (§ 16 Absatz 4 Nummer 7 41. BImSchV)

In Artikel 1 Nummer 4 ist Buchstabe a wie folgt zu fassen:

,a) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter < ...weiter wie Vorlage Buchstabe a ... >.

bb) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. pro Prüfbereich, pro Standort und pro Bekanntgabezeitraum zweimal unter Einbeziehung des fachkundigen Personals des jeweiligen Standortes auf eigene Kosten

a) an einem akkreditierten Ringversuch teilzunehmen, der durch die obersten Immissionsschutzbehörden der Länder anerkannt ist, oder

b) an entsprechenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung teilzunehmen, falls keine Ringversuche nach Buchstabe a angeboten werden,

und deren Ergebnisse unverzüglich der für die Bekanntgabe zuständigen Behörde vorzulegen,“ ‘

Begründung:

Die bisher in der 41. BImSchV enthaltene Regelung ist nicht hinreichend präzise. Für den Vollzug bedurfte es daher eines zur oben beantragten Änderung sinngleichen Passus in dem von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) veröffentlichten „Fachmodul Immissionsschutz“. Da aufgrund einer zwischenzeitlich geänderten Vorgehensweise der Akkreditierungsstelle (DAkkS), die Vorgaben des Fachmoduls Immissionsschutz der LAI bei der Akkreditierung keine Anwendung mehr finden, ist eine entsprechende Konkretisierung der Anforderungen direkt im Verordnungstext der 41. BImSchV erforderlich.